Informationspflichten bei einer Erhebung von Daten nach Art. 12 bis 14 DSGVO

1. Bezeichnung der Verarbeitungstätigkeit

Datenschutzanfragen gemäß Art. 12-23 DSGVO

2.1 Name und Kontaktdaten der Verantwortlichen	2.2 Name und Kontaktdaten des zuständigen Sachgebietes
Senatorin Kristina Vogt	Carsten Raschke
Die Senatorin für Wirtschaft,	Referat 03, Datenschutzbeauftragter
Häfen und Transformation	Die Senatorin für Wirtschaft,
Zweite Schlachtpforte 3	Häfen und Transformation
	Zweite Schlachtpforte
28195 Bremen	
	28195 Bremen
Telefon: 0421 / 361 8808	
E-Mail: office@wht.bremen.de	Tel.:
	E-Mail: datenschutzbeauftragter@wht.bremen.de

3. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Carsten Raschke

Die Senatorin für Wirtschaft,

Häfen und Transformation

Zweite Schlachtpforte 3

28195 Bremen

Stand: 23.10.2025

datenschutzbeauftragter@wht.bremen.de

Informationspflicht: Betroffenenrechte und Anfragen

4. Zwecke und Rechtsgrundlagen der Verarbeitung personenbezogener Daten

Zweck: Die Bearbeitung und Dokumentation von Anfragen betroffener Personen zur Wahrnehmung ihrer Rechte gemäß Datenschutz-Grundverordnung (z. B. Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung, Widerspruch, Datenübertragbarkeit). Ziel ist die rechtzeitige und datenschutzkonforme Bearbeitung im Rahmen der gesetzlichen Pflichten.

Rechtsgrundlagen:

Art. 6 Abs. 1 lit. c DSGVO in Verbindung mit Art. 12–23 DSGVO (Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung) Art. 6 Abs. 1 lit. e DSGVO in Verbindung mit den jeweiligen Datenschutzgesetzen (öffentliches Interesse / Ausübung öffentlicher Gewalt)

5. Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten

Empfänger:in innerhalb der Organisation: Datenschutzbeauftragte, involvierte Referate

Auftragsverarbeiter: Dataport AöR

Dritte:

6. Herkunft und Kategorien der verarbeiteten personenbezogenen Daten

Die Daten stammen von Anfragen an den Datenschutzbeauftragten

Die personenbezogenen Daten umfassen:

sämtliche Informationen im Zusammenhang mit den Betroffenenrechten und Anfragen, einschließlich aller Korrespondenzen und Kommunikationen sowie interner Dokumentationen und Maßnahmen

- Stammdaten (z. B. Name, Adresse, Kontaktdaten)
- Inhaltsdaten der Anfrage
- Verwaltungs- und Bearbeitungsvermerke
- Korrespondenz mit der betroffenen Person
- Identitätsnachweise (z. B. Ausweiskopien, falls erforderlich zur Authentifizierung)

7. Übermittlung von personenbezogenen Daten an ein Drittland

Ihre personenbezogenen Daten werden nicht an ein Drittland/eine internationale Organisation übermittelt.

Informationspflicht: Betroffenenrechte und Anfragen

8. Dauer der Speicherung der personenbezogenen Daten

Die personenbezogenen Daten werden bis zur abschließenden Bearbeitung der Anfrage sowie für einen Zeitraum von 3 Jahren ab Abschluss aufbewahrt, um die Nachvollziehbarkeit gemäß Rechenschaftspflicht (Art. 5 Abs. 2 DSGVO) zu gewährleisten. Eine längere Aufbewahrung kann im Einzelfall bei rechtlichen Auseinandersetzungen erforderlich sein. Die Löschung erfolgt nach Prüfung durch das zuständige Archiv gemäß Archivrecht.

9. Betroffenenrechte

Jede betroffene Person hat das Recht auf:

- a. Auskunft nach Art. 15 DSGVO,
- b. Berichtigung nach Art. 16 DSGVO,
- c. Löschung nach Art. 17 DSGVO,
- d. Einschränkung der Verarbeitung nach Art. 18 DSGVO
- e. Datenübertragbarkeit aus Art. 20 DSGVO sowie
- f. Recht auf Widerspruch nach Art. 21 DSGVO.

Beim Auskunftsrecht und beim Löschungsrecht gelten die Einschränkungen nach §§ 34 und 35 BDSG.

Darüber hinaus besteht ein Beschwerderecht bei einer Datenschutzaufsichtsbehörde (Art.13 Abs. 2 lit. d i.V.m. Art. 14 Abs. 2 lit. d DSGVO, Art. 77 DSGVO i.V.m. § 19 BDSG).

Der Text der DSGVO findet sich im Internet unter <u>www.dsgvo-gesetz.de</u> sowie der Text des BDSG unter <u>www.gesetze-im-internet.de/bdsg_2018/</u>.

10. Pflicht zur Bereitstellung der Daten

Es besteht keine Pflicht zur Bereitstellung der Daten. Ohne kann jedoch keine Prüfung und Bearbeitung stattfinden.

11. Automatisierte Entscheidungsfindung

Es findet keine vollautomatisierte Entscheidungsfindung gemäß Art. 22 DSGVO bei den öffentlichen Auftraggebern statt.